

Fünf nach Zwölf für die Staatsverschuldung - eine Gefahr für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft.

Immer wenn ich versuche, andere Bürgerinnen und Bürger für das Thema Staatsverschuldung und Zukunftsfähigkeit zu interessieren, begegnen mir Menschen, die so denken wie der Physiker Albert Einstein:

„Ich denke niemals an die Zukunft. Sie kommt früh genug“.

Dazu gibt es von mir Widerspruch, denn ich habe eine andere Meinung:

„Wir können nicht auf die Zukunft warten. Wir müssen jetzt an sie denken“.

Heute möchte ich erreichen, dass auch Sie am Ende meiner Ausführungen dem berühmten Physiker widersprechen. Wir werfen zunächst einen Blick in die Vergangenheit, betrachten danach die Gegenwart und schauen dann in die Zukunft.

Die Vergangenheit

Deutschland hat bis 2010 einschließlich der Sonderhaushalte zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise einen Schuldenberg von 1.998 Milliarden Euro aufgebaut. Das entspricht einer Schuldenlast von 24.450,00 Euro für jeden Bundesbürger/in.

Der Schuldenberg verteilt sich wie folgt auf die staatlichen Ebenen (Mrd. €):

Bund	1.284,1	64 %
Länder	595,3	30 %
Gemeinden	119,4	6 %
Summe	1.998,8	100 %

Ein Blick auf die einzelnen Länder und deren Pro-Kopf-Verschuldung zeigt folgendes Bild:

Spitzenreiter ist mit 27.000,00 Euro der Stadtstaat Bremen. Mit 9.700,00 Euro liegt NRW hinter dem Saarland mit 11.409,00 Euro auf Platz 2 der Bundesländer. Am Ende der Tabelle stehen Bayern mit 2.300,00 Euro und Sachsen mit 1.576,00 Euro.

Zur Situation im bevölkerungsreichsten Land NRW. Die Gesamtverschuldung ist in den letzten 30 Jahren von 17 Milliarden Euro auf 173 Milliarden Euro in 2010 gestiegen. Die Schuldenquote in % des Bruttoinlandsprodukts ist von 7% in 1980 auf 32 % in 2010 gestiegen.

Die Schulden der Gemeinden belaufen sich auf 119 Milliarden Euro. Sie sind das Ergebnis der eigenen Haushaltspolitik und den von den Gemeinden zu tragenden Sozialausgaben ((Wohngeld für Langzeitarbeitslose, Grundsicherung des Existenzminimums im Alter). Das Finanzierungsdefizit in 2010 wird 11 Milliarden Euro betragen. Die Sozialausgaben summieren sich 2010 auf 41,5 Milliarden Euro, das bei steigender Tendenz. Wenn hier nicht gegengesteuert wird, droht den Gemeinden eine Kostenlawine.

Wenn die Politik Schulden macht, dann braucht sie Partner, die ihr das Geld geben. Diese Partner sind keine Wohltäter, sondern Investoren, die Zinsen verlangen und am Fälligkeitstag ihr Geld zurück haben wollen.

Bei einem angenommenen Zinssatz von 4 % für einen Schuldenberg von 2.000 Milliarden Euro müssen wir kalkulatorisch jährlich einen Betrag von 80 Milliarden an die Investoren überweisen. In 2010 betragen die aktuellen Zinsausgaben 60 Milliarden Euro. Das bedeutet, dass jeder Bundesbürger/in bereits jetzt 732,00 Euro an Steuern für den Schuldendienst bezahlt.

Die Zinsausgaben entziehen sich jeder Gestaltungsmöglichkeit durch die Politik. Sie müssen bedingungslos gezahlt werden und stehen für Zukunftsinvestitionen nicht mehr zur Verfügung. Das zeigt, dass eine ständig steigende Verschuldung zu einer Gefahr für die Handlungsfähigkeit des Staates wird.

Für die Politik muss daher das Gebot der Stunde sein: Investoren bei guter Laune halten. Das geht aber nur mit einer soliden Haushaltspolitik. Die notwendigen Anpassungen an den demographischen und wirtschaftlichen Wandel dürfen durch den süßen Stoff der Verschuldung nicht in die Zukunft verschoben werden. Die Investoren verzeihen solche Unterlassungssünden nicht.

Als Erstes steigen die Zinskosten durch Risikozuschläge und am Ende schnappt die Schuldenfalle zu. Der Staat ist dann zahlungsunfähig oder anders ausgedrückt, er ist pleite. Schuld daran sind dann aber nicht die bösen Investoren, sondern es ist die Politik der ausufernden Staatsverschuldung.

Die Gegenwart

Wie sieht es heute mit der jährlichen Neuverschuldung aus? Der Gesamtstaat (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung) hat in 2009 Defizite von 72,9 Milliarden Euro und in 2010 Defizite von 81,6 Milliarden Euro erwirtschaftet. Die Zahlen zeigen, dass der Genuss des süßen Stoffes der Verschuldung weiter geht. Allein die Landesregierung NRW plante, bevor sie vom Verfassungsgerichtshof gestoppt wurde, in den Jahren 2010 und 2011 neue Schulden von über 15 Mrd. Euro aufzunehmen.

Die Diskussion über diese Situation wird von einem Verteilungskampf zwischen den Gemeinden, den Ländern und dem Bund dominiert. Alle sind hoch verschuldet und wollen von dem jeweils Anderen Geld haben. Das wird zu einer Zerreißprobe führen. Durch diese Verteilungskämpfe alleine werden keine neuen Finanzmittel freigesetzt. Ein eigenartiges Beispiel hierfür haben die Verhandlungen zu der Hartz-IV-Reform gezeigt. Der Bund will die Kommunen bei den Sozialausgaben entlasten und greift dafür in die Kasse der Bundesanstalt für Arbeit. Das ist nichts anderes als eine Umverteilung.

Schauen wir nach Berlin. Der Bundeshaushalt 2011 hat ein Volumen von 306 Milliarden Euro. Den Ausgaben von 306 Milliarden Euro stehen Einnahmen von 258 Milliarden Euro gegenüber. Die Lücke wird durch eine Neuverschuldung von 48 Milliarden Euro geschlossen. Dies ist die zweithöchste Neuverschuldung in der Geschichte des Bundeshaushalts.

Das sind sie Highlights auf der Ausgabenseite:

- Die Zinsen verbrauchen 35 Milliarden Euro und machen 12 % der Ausgaben aus. Sie sind zwei Mal so hoch wie die Ausgaben für Bildung und Forschung. Diese betragen 16 Milliarden Euro und machen 5 % der Ausgaben aus.
- Für den Bereich Arbeit und Soziales werden 160 Milliarden Euro ausgegeben. Das sind 52 % der Ausgaben. Zusammen mit den Zinsen sind dies 195 Milliarden Euro und damit 64 % der Gesamtausgaben.

Auf der Einnahmenseite sind neben der Neuverschuldung von 48 Milliarden Euro die Steuereinnahmen von 229 Milliarden Euro der größte Betrag. Eine Gegenüberstellung der Steuereinnahmen mit den Ausgaben für Zinsen, Arbeit und Soziales von 195 Milliarden Euro zeigt, dass die Steuereinnahmen zu 85 % zur Bezahlung dieser Ausgaben verbraucht werden.

Noch einmal zur Verdeutlichung mit einem dicken Ausrufezeichen: Die Ausgaben für Zinsen, Arbeit und Soziales sind die ererbten Verpflichtungen aus der Vergangenheit. Die Steuereinnahmen werden zum größten Teil zur Bezahlung dieser Verpflichtungen verbraucht. Wenn diese Verpflichtungen weiter steigen, bleibt immer weniger für die Gestaltung der Zukunft übrig. Diese Ausgabenstruktur zeigt deutlich, in welche Sackgasse die Politik gefahren ist und welche Verteilungskonflikte bevorstehen.

Was tut die Politik, um aus dieser Sackgasse herauszukommen? Die Bundesregierung verweist hierzu auf das von ihr beschlossene Zukunftspaket. Sie sieht hierin eine entscheidende Trendwende hin zu einer deutlichen Rückführung der Neuverschuldung des Bundes. Durch das Zukunftspaket soll von 2011 bis 2014 ein Konsolidierungserfolg von 82 Milliarden Euro realisiert werden.

Das Zukunftspaket trägt die Überschrift "Solide Finanzen". Das hört sich gut an. Beim näheren Hinsehen zeigt sich aber, dass dieses Paket den für eine belastbare Unternehmensplanung nach „kaufmännischen Grundsätzen“ geltenden Anforderungen nicht gerecht wird.

Hierzu einige Beispiele:

- Die Finanzmarkttransaktionsteuer mit Einnahmen von 6,0 Milliarden Euro ist wenig wahrscheinlich (Luftbuchung).
- Die Durchsetzung der Brennelementsteuer mit Einnahmen von 9,2 Milliarden Euro wird vor dem Bundesverfassungsgericht beklagt. Bei den Sozialausgaben sollen durch die Umwandlung von Pflichtleistungen in Ermessensleistungen Minderausgaben von 16,0 Milliarden erzielt werden. Einzelheiten zur Umsetzung sind bisher nicht bekannt (Hoffnungswerte).
- Die Streichung des Zuschusses zur Rentenversicherung bei den Langzeitarbeitslosen führt beim Bund zu Minderausgaben von 7,2 Milliarden Euro und zu einer entsprechenden Mindereinnahme bei der Rentenversicherung. Das ist ein Null-Summen-Spiel (Verschiebepark).

- Die Reform der Bundeswehr soll einen Einsparbeitrag von 8.3 Milliarden Euro erbringen. Ein konkretes Konzept hierfür liegt bisher nicht vor. Es zeichnet sich ab, dass dieses Sparziel nicht realisiert werden wird (Hoffnungswert).

- Durch die geringere Neuverschuldung werden bei den Zinsen Minderausgaben von 5,0 Mrd. Euro eingeplant. Da mittelfristig mit dem Auslaufen des gegenwärtigen Niedrigzinsniveaus zu rechnen ist, muss dieser Betrag eigentlich einer Rückstellung zugeführt werden (Fehlende Vorsorge).

Die Beispiele zeigen, dass das Zukunftspaket eher von einem „kreativ optimistischen“ Planungsansatz geprägt ist. Die von der Bundesregierung daraus abgeleiteten Konsolidierungserfolge und die Rückführung der Neuverschuldung sind nicht realistisch. Die Politik sollte daher auf den Reset-Knopf drücken.

Bis hierher ist das schon erschreckend, aber noch nicht die ganze Wahrheit. Das ist nur die Spitze des Eisbergs mit dem Namen „Staatsverschuldung“. Wie bei einem Eisberg gibt es auch hier unter der Oberfläche unsichtbare Schulden. Die Politik hat durch gesetzliche Maßnahmen Leistungen versprochen, die erst in der Zukunft zu Ausgaben oder zu Mehrausgaben führen und daher noch nicht in den öffentlichen Haushalten ausgewiesen sind. Das betrifft die Beamtenpensionen und die Sozialversicherungssysteme. Eine alternde Gesellschaft, die steigende Zahl der Rentner und Pensionäre und das sinkende Erwerbspersonenpotential bescheren uns gewaltige Deckungslücken.

Nach den Berechnungen der Stiftung Marktwirtschaft, Berlin, hat Deutschland eine Nachhaltigkeitslücke von 7.850 Milliarden Euro. Das sind 315 % des Bruttoinlandsprodukts (Basisjahr 2008). Diese Lücke setzt sich aus den in den Haushalten ausgewiesenen Schulden von 1.650 Milliarden Euro und den unsichtbaren Schulden von 6.200 Milliarden Euro zusammen.

Für die unsichtbaren Schulden müsste der Staat eigentlich finanzielle Rücklagen bilden, um die künftigen Ausgaben finanzieren zu können. Bei der Einführung einer generationengerechten Haushaltsplanung nach kaufmännischen Grundsätzen auf allen staatlichen Ebenen würden dann aus den bisher unsichtbaren Schulden sichtbare Schulden.

Um diese Größenordnung überhaupt begreifbar zu machen, hat die Stiftung Marktwirtschaft folgende Berechnung erstellt: Wenn diese Schuldenlast ausgeglichen werden sollte, müsste jeder jetzt lebende und in den kommenden 100 Jahren geborene Bundesbürger unabhängig von den ansonsten zu zahlenden Steuern und Sozialabgaben einen monatlichen Betrag von 355 Euro an den Staat abführen. Das spricht für sich.

Die Zukunft

Der Blick in die Zukunft sieht düster aus. Der süße Stoff der Verschuldung wird zu einem giftigen Cocktail. Die Mixtur aus den Kosten der Wirtschafts- und Finanzkrise, aus dem durch die Krise verringertem Potentialwachstum, aus den Belastungen einer alternden Gesellschaft und den künftigen Ausgaben für die unsichtbaren Schulden wird zu einer weiter steigenden Verschuldung führen.

Das Ganze bei jetzt schon zu geringen Investitionen in Bildung und Infrastruktur. Mit den öffentlichen Ausgaben für diese Zukunftsinvestitionen belegt Deutschland in Prozent des Bruttoinlandsprodukts nur hintere Plätze auf der Rangliste der EU-Länder.

Wenn die Politik hier nicht gegensteuert und die notwendige Wende zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik nicht gelingt, wird das zu steigenden Zinslasten, zu steigenden Ausgaben für Arbeit und Soziales und zu Wohlstands- und Wachstumsverlusten führen. Am Ende wird der giftige Cocktail tatsächlich die Handlungsfähigkeit des Staates zerstören. Aus der Politik wird eine Verrechnungsstelle für ererbte Altlasten.

Einen Ansatz hat die Politik gemacht. Sie hat für den Bund und die Länder eine Schuldenbremse in das Grundgesetz eingefügt. Danach muss der Bund seine Neuverschuldung von 2011 bis 2016 auf 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts zurückführen. Ausgangspunkt ist die strukturelle Neuverschuldung 2010 von 53 Milliarden Euro. Eine Modellrechnung zeigt, dass die Neuverschuldung danach in den Jahren 2011 bis 2016 schrittweise von 53 Milliarden Euro auf 9,5 Milliarden Euro gesenkt werden muss. Das führt zu Mindereinnahmen von 43,5 Milliarden Euro.

Zu beachten ist, dass es sich lediglich um eine Verringerung der Neuverschuldung handelt. Die bis 2016 weiter zulässige Neuverschuldung summiert sich auf 145 Milliarden Euro. Der bis heute aufgebaute Schuldenberg des Bundes von 1.300 Milliarden Euro wird bei einer Ausnutzung dieses Spielraums bis 2016 dann auf 1.445 Milliarden Euro steigen. Wichtig: Er bleibt auch bei einer Einhaltung der Schuldenbremse als Zukunftslast erhalten. Die Schuldendynamik verharrt damit weiter auf hohem Niveau.

Die Schuldenbremse ist im Übrigen nur dann etwas wert, wenn sie eingehalten wird und die Haushaltsplanungen des Bundes und der Länder laufend überwacht werden. Hier hat die Politik leider zu einem bekannten Verfahren gegriffen: Sie hat die Überwachung sich selbst übertragen.

Im April 2010 wurde ein Stabilitätsrat ins Leben gerufen, dem der Bundesfinanzminister, die Finanzminister der Länder und der Bundeswirtschaftsminister an. Dieses Überwachungsverfahren zeichnet sich dadurch aus, dass die „Sünder“ gleichzeitig die „Richter“ sind.

Diese „Selbstkontrolle“ hat in der Vergangenheit nicht funktioniert und wird auch in der Zukunft nicht funktionieren. Es darf daher bezweifelt werden, dass notwendige Maßnahmen zur Verhinderung oder Beseitigung von Haushaltsnotlagen mit der nötigen Konsequenz umgesetzt werden.

Die Politik weiß, dass die von ihr in der Finanz- und Wirtschaftskrise ergriffenen Maßnahmen zu einer erheblichen Ausweitung der staatlichen Defizitquoten und Schuldenstandsquoten geführt haben. Trotzdem hat sie bisher kein belastbares und nachhaltiges Gesamtkonzept zur Haushaltskonsolidierung und zur Schaffung von Freiräumen für Zukunftsinvestitionen vorgelegt. Im Gegenteil, Teile der Politik sprechen im Hinblick auf die zweifelsohne verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schon von einer „Aufschwungdividende“, die verteilt werden kann.

Das ist angesichts der gravierenden Mängel des Zukunftspakets und einer Schuldenstandsquote von über 80 % des Bruttoinlandsprodukts verantwortungslos. Eine solche Schuldenstandsquote nähert sich einem Bereich, der im Hinblick auf das Wachstum eines Landes als kritisch eingestuft wird. Wenn die Schuldenstandsquote auf diesem Niveau bleibt oder weiter steigt, ist die Handlungsfähigkeit der Politik bei künftigen Schocks nicht mehr gegeben.

Was ist zu tun?

Die Politik schweigt zu den wirklichen Gefahren der Staatsverschuldung. Daher ist jetzt eine parteienübergreifende Wortmeldung der Bürgerinnen und Bürger erforderlich. Für mich sieht das so aus:

-Ich informiere über die Gefahren der Staatsverschuldung.

-Ich erinnere die Politik an ihre Verantwortung für die nachhaltige Gestaltung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels.

-Ich verlange von der Politik ein belastbares und nachhaltiges Gesamtkonzept zur Haushaltskonsolidierung und zur Schaffung von Freiräumen für Zukunftsinvestitionen.

Aus dem ICH möchte ich ein WIR machen. Nur durch eine breite Unterstützung können wir der Wortmeldung Gehör verschaffen. Die Politik muss die Verschuldungsstrategie radikal verändern: Schulden für Zukunftsinvestitionen und nicht für Konsumausgaben. Die Zukunftsinvestitionen müssen bedarfsorientiert geplant werden und Vorfahrt bei der Finanzierung haben.

Gleichzeitig muss die Politik durch eine Grundgesetzänderung die Handlungsfähigkeit des Zentralstaats bei den Zukunftsinvestitionen verstärken. Durch den Föderalismus haben wir eine relativ schwache Stellung des Bundes und eine relativ starke Stellung der Länder. Der Bund darf den Ländern nur für die Bereiche Finanzhilfen gewähren, für die er eine Gesetzgebungskompetenz hat. Das ist bei den Schulen und Hochschulen nicht der Fall. Sie sind das Hoheitsgebiet der Länder. Dieses Kooperationsverbot erschwert eine sachgerechte Kooperation bei den Finanzhilfen für die Zukunftsinvestitionen und verhindert eine Politik aus einem Guss.

Die Bürgerinnen und Bürger, die die Wortmeldung unterstützen wollen, können auf der Webseite

www.zeitbombe-staatsverschuldung.de

der Interessengemeinschaft Zukunftsfähigkeit beitreten. In einem Diskussionsforum können die Mitglieder zu den Inhalten der Webseite eigene Kommentare schreiben und auf fremde Kommentare antworten. Das Diskussionsforum bietet die Möglichkeit, die politische Diskussion aktiv zu begleiten. Die Mitglieder erhalten unseren Newsletter.

Den Unentschlossenen möchte ich zurufen: Meine Beschreibungen sind völlig virenfrei. Die künftigen Belastungen aus dem Bankenrettungsfonds und die Ansteckungsgefahr aus den Euro-Rettungsschirmen sind da noch nicht enthalten. Laut der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung haben der Bund und die Bundesländer den deutschen Banken einen Hilfsrahmen von 21 % des Bruttoinlandsprodukts bereitgestellt. Das entspricht 500 Milliarden Euro. Die deutsche Beteiligung an den Euro-Rettungsschirmen beträgt 170 Milliarden Euro.

Eine aktuelle Anmerkung zu den Euro-Rettungsschirmen: Die von der Bundesregierung im Oktober 2010 abgegebene Erklärung, dass es mit Deutschland keine Verlängerung der bis 2013 befristeten Rettungsschirme geben wird, hat sich erwartungsgemäß als falsch herausgestellt.

Der Europäische Rat hat am 24./25. März 2011 beschlossen, mit Wirkung vom 1.7.2013 einen dauerhaften Europäischen Stabilisierungsmechanismus einzurichten. Dieser wird ein Volumen von 700 Milliarden haben. Deutschland beteiligt sich mit einer Kapitaleinlage von 22 Milliarden Euro und stellt weiteres Abrufkapital und Garantien von 168 Milliarden Euro zur Verfügung. Insgesamt sind dies 190 Milliarden Euro. Die Kapitaleinzahlung von 22 Milliarden Euro führt unmittelbar zu einer Erhöhung der Neuverschuldung des Bundes. Bei einem angenommenen Zinssatz von 4 % führt das jährlichen Zinszahlungen von 880 Millionen Euro.

Meine Schlussbemerkung: Die Politik hat die Verantwortung dafür, dass die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und die Entwicklungschancen der nächsten Generationen nicht unter die Räder kommen. Die Politik kann aus dieser Verantwortung nicht entlassen werden. Sie muss aber in möglichst großer Zahl aufgefordert werden, sich endlich der doppelten Herausforderung von Haushaltskonsolidierung und mehr Zukunftsinvestitionen zu stellen. Sie muss handeln. Es ist Fünf nach Zwölf.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.